

## **Gemeinderat in Kürze**

Sitzung am 07. Mai 2013 im ehem. Rathaus in Boll

Zu Beginn der Sitzung konnten eine Reihe von Bürgerinnen und Bürgern für mehrmaliges Blutspenden geehrt werden. Die Gemeinde freut sich, dass auch in Sauldorf sehr viele Mitbürger an den Blutspendeterminen teilnehmen und bedankte sich mit einem Vesper bei den Spendern. Im Namen des Deutschen Roten Kreuzes konnten folgende Ehrungen durchgeführt werden. Herr Kurt Müller erhielt für 75 Blutspenden die goldene Ehrennadel mit Eichenkranz. Herr Eugen Blender, Frau Ursula Möll, Herr Werner Moser, Herr Christian Rockweiler und Herr Josef Wetzel konnten für 50 Blutspenden die goldene Ehrennadel in Empfang nehmen. Für 25 Blutspenden erhielten Frau Michaela Deufel und Herr Daniel Höre die Ehrennadel mit goldenem Lorbeerkranz und für 10 Blutspenden wurden Frau Bettina Blezinger, Herr Hubert Hensler, Herr Bernd Kupfer, Herr Benjamin Schober, Frau Doris Schober, Frau Manuela Späth und Frau Christine Wanschura-Schramm ausgezeichnet.

Der Gemeinderat hat die Vorschlagsliste für die Wahl der Schöffen aufgestellt. Die Vorschlagsliste muss noch im Rathaus zu jedermanns Einsicht aufgelegt werden und wird danach dem Amtsgericht übersandt.

Der 1. Änderung des Flächennutzungsplanes 2025 der Verwaltungsgemeinschaft Meßkirch-Leibertingen-Sauldorf hat der Gemeinderat mit der Maßgabe zugestimmt, dass die geplante Freiflächenphotovoltaikanlage „Aspenäcker“ von der Zustimmung ausgenommen wird. Die Abgrenzungsbereiche für die geplanten Windkraftanlagen im Bereich Meßkirch-Leibertingen muss infolge der öffentlichen Anhörung geändert werden; dies führt zu einer erneuten Auslegung. Im Bereich der Konzentrationszone in Sauldorf werden keine Änderungen vorgenommen. Auch der Regionalverband Schwarzwald-Baar-Heuberg erarbeitet derzeit Konzentrationszonen für die Ausweisung von Windkraftanlagen. Die dortigen überplanten Flächen tangieren nicht das Gemeindegebiet von Sauldorf, so dass weder Anregungen noch Bedenken gegen die Planung vorgebracht werden. Auch die Ergänzung des Bebauungsplanes „Bierkeller-Buhlen“ in Meßkirch in dessen Bereich eine Moschee errichtet werden soll, tangiert nicht das Gemeindegebiet von Sauldorf, so dass auch hier weder Anregungen noch Bedenken vorgetragen werden.

Nach dem Kommunalen Abgabengesetz hat der Gemeinderat die Höhe des Zinssatzes für die Verzinsung des Anlagekapitals und die Abschreibungen einheitlich für alle Gebührenhaushalte festzulegen. Der seit dem 01.01.2010 mit 5% festgesetzte kalkulatorische Zinssatz wird ab dem 01.01.2013 auf 4% abgesenkt.

Zu dem Baugesuch von

- Markus Klotz in Boll, Neubau eines Einfamilienhauses, Doppelgarage mit Abstellraum auf Flst.Nr. 164 (Am Steinbruch 40) Gemarkung Boll

hat der Gemeinderat das Einvernehmen erteilt.

Nachdem die Diskussion um das sog. „Fracking“ noch andauert und mögliche Untersuchungsgebiete bis in die Nachbarschaft von Sauldorf reichen, wurde vom Gemeinderat einstimmig die nachstehende Resolution verabschiedet, die sich eindeutig gegen das „Fracking“ ausspricht:

### **Resolution gegen Fracking**

Der Gemeinderat der Gemeinde Sauldorf spricht sich mit allem Nachdruck gegen die bereits genehmigten Aufsuchungen und gegen mögliche zukünftige Probebohrungen, Erschließungen und Förderungen unkonventioneller Gasvorkommen („Fracking“) aus. Gemeinsam mit vielen Fachleuten hat die Gemeinde Sauldorf grundsätzliche Bedenken gegen diese überaus risikoreiche Art der Gasgewinnung und möchte sie insbesondere für ihr eigenes Gemeindegebiet mit allen Teilorten sowie für die gesamte Region Bodensee-Oberschwaben grundsätzlich ausschließen.

Bei den Fracking-Verfahren wird dichtes Speichergestein mit hohem hydraulischem Druck von Wasser unter Zusatz von Sand und zahlreichen chemischen Verbindungen, die zum Teil hochgiftig sind, aufgebrochen (englisch: „fracking“). Die dadurch entstehende bessere Wegsamkeit im Gestein macht die Förderung von Gas oder Öl möglich.

Weil das Fracking nur eine begrenzte Fernwirkung hat, sind bei der Förderung zahlreiche Bohrungen notwendig (je nach Gesteinsart ca. 4 – 8 Bohrungen pro Quadratkilometer). Ein großer Teil des giftigen Frackwassers kommt mit dem Gas oder Öl wieder an die Oberfläche und muss als gefährlicher Sonderabfall entsorgt werden.

Der Gemeinderat der Gemeinde Sauldorf befürchtet gemeinsam mit vielen Fachleuten schwerwiegende Beeinträchtigungen des Grund- und Trinkwassers insbesondere durch die giftigen chemischen Zusatzstoffe (Additive), von denen einige im dringenden Verdacht stehen, kanzerogen zu wirken. Im Einzugsgebiet des Bodensees und des Oberlaufs der Donau und in einer vielfältig landwirtschaftlich genutzten Region müssen diese Gefährdungen als besonders schwerwiegend angesehen werden.

Eine eindeutige Mehrheit aller bisher vorliegenden Studien und Untersuchungen kommt zu dem Ergebnis, dass Fracking ein sehr hohes Risiko darstellt: Unfälle an Bohrplätzen und beim Transport der Stoffe, undichte oder undicht werdende Bohrungen sowie durch die Klüfte des Gesteins aufsteigende Giftstoffe gefährden das Grund- und Trinkwasser. Die anfallende Frackflüssigkeit bildet bei der Entsorgung und Lagerung eine weitere Gefahr für Boden und Wasser. Durch die Vervielfachung der Bohrungen vervielfacht sich auch die Wahrscheinlichkeit von Zwischenfällen.

Eine ganze Reihe von Städten und Gemeinden in Baden-Württemberg hat sich bereits gegen Fracking ausgesprochen. Gemeinsam mit ihnen fordert die Gemeinde Sauldorf, den Bund auf, das total veraltete Bergrecht umgehend zu ändern und auch das Wasserrecht der neuen Gefahrenlage anzupassen.

Den betroffenen Bürgern, Gemeinden und Landkreisen sind umfassende Informations- und Beteiligungsrechte einzuräumen. Das Fracking-Verfahren selbst ist bundesweit und ausnahmslos zu verbieten.

Die Gemeinden Hohenfels, Wald, Herdwangen-Schönach, Konstanz, Meßkirch und Pfullendorf, die Bodensee-Wasserversorgung, der Regionalverband Bodensee-Oberschwaben, der Deutsche Bauernverband, die Internationale Gewässerschutzkommission für den Bodensee (IGKB), das Institut für Kirche und Gesellschaft der Evangelischen Kirche von Westfalen und die Arbeitsgemeinschaft der Umweltbeauftragten in der EKD (AGU) haben sich bereits in Resolutionen gegen die Aufsuchung und Erschließung unkonventioneller Gasvorkommen ausgesprochen. Ebenso wie sie fordert auch die Gemeinde Sauldorf die Landesregierung Baden-Württemberg auf, das Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau (LGRB) im Regierungspräsidium Freiburg unverzüglich anzuweisen, Entscheidungen im umstrittenen Fracking-Verfahren bis auf weiteres mit Verweis auf das überwiegende öffentliche Interesse auszusetzen, - und zwar sowohl in Bezug auf die Erteilung von Aufsuchungserlaubnissen als auch auf die Genehmigung von Betriebsplänen für Probebohrungen und Förderungen und sich bei der Bundesregierung und im Bundesrat für eine umgehende Änderung des veralteten Bergrechts und seine Anpassung an modernes europäisches und nationales Umweltrecht einzusetzen und eine umfassende Beteiligung aller betroffenen Bürger, Gemeinden, Behörden und Verbände einzufordern.

Sauldorf, den 07. Mai 2013